

Stadtratssitzung am 13. November 2024

Hier: Rede zur Vorlage DS-Nr. 125/2024 - Haushalt 2025 der Stadt Gera

Sehr geehrte Stadtratsmitglieder,
Werte Gäste!

Die Linksfraktion wird dem Haushaltsplan der Stadt Gera für 2025 zustimmen, trotz inhaltlicher Kritik und der Kritik an einem verkürzten Diskussionsprozess mit dem Stadtrat.

Wir erkennen an, es ist ein Übergangshaushalt 2025 wegen der OB-Wahl.

Es ist der wichtigste Beschluss des Stadtrates - der Auswirkungen auf alle Einwohner haben wird. Notwendig sind Beteiligung und Transparenz in der Debatte. Das ist wesentlich für ein solidarisches Gera.

Unsere Zustimmung verstehen wir auch als ein Kredit für den neuen Oberbürgermeister Kurt Dannenberg und dessen konstruktive Zusammenarbeit mit dem Stadtrat in vergangenen Monaten. Wir sehen die Unterstützung des vorliegenden Haushaltsplans als Vertrauensvorschuss für die begonnene Arbeit zur Umstrukturierung in der Verwaltung und als Grundlage für notwendige Investitionsprojekte wie den Bildungscampus Lusan.

Dennoch gibt es auch Defizite im Haushaltsplan für 2025:

Es fehlen nach unserer Überzeugung die Investitionsmittel für die Abarbeitung des großen Sanierungsstaus in Gera. Als Stichwort sei die anstehende Sanierung des Hofwiesenbades genannt. Die Investitionen für die nächsten Schritte des Stadtbahnprogramms in der Wiesestraße und am Gleisdreieck sowie die Sanierung der Radrennbahn und die Errichtung eines neuen Freibads sind ebenfalls gemeint.

Aus unserer Sicht wäre es möglich und auch notwendig, investive Kredite aufzunehmen, um so nachhaltige Zukunftsprojekte in unserer Stadt schnell voranzubringen.

Wir können es uns nicht mehr leisten, von der Substanz zu leben, sondern müssen in unsere Zukunft investieren.

Planungen beauftragen, Fördermittel beantragen. Denn in Zukunft werden die verschobenen Investitionen noch viel teurer.

Das bedeutet: Gera braucht ein deutlich höheres Investitionstempo, was natürlich auch die Abarbeitung durch das Baudezernat bedingt - dort bestehen tatsächlich Probleme.

Nachhaltigkeitshaushalt - wie immer mehr Städte in Deutschland wollen wir anregen, dass die Stadtverwaltung sich zumindest bei den Investitionen bemüht, den Nachhaltigkeitsaspekt zu berücksichtigen.

Mit der Vorlage 38/2016 wurde die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen beschlossen, jetzt soll es erstmals Geld für 2026 geben.

Für uns bedeutet Nachhaltigkeit eine Entlastung des städtischen Haushalts.

Wir müssen der kommunalen Verantwortung gerecht werden, die sich aus Gesetzen bzw. verfassungsrechtlichen Vorgaben ergeben.

Eine Altlast ist es sicher auch, dass für das Smart-City-Projekt Ausgaben von rund 2,5 Millionen (von über 8 Mio Euro bei 90 % Förderung) geplant sind. Den 8 Millionen werden wir deshalb nicht gerecht, weil die Maßnahmen nicht umgesetzt werden können.

In der Diskussion um die Steuerhebesätze ist und bleibt für uns als Linksfraktion gesetzt - auch die städtischen Steuern müssen Lasten solidarisch verteilen. Mit uns gibt es keine Senkung der Gewerbesteuer ohne Verringerung der Grundsteuer B. Mögliche Entlastungen müssen eben auch bei Mieterinnen und Mietern ankommen. Es gilt bei diesen Steuern für uns das Geleitzugprinzip. Völlig unverständlich ist es, warum das Bündnis Gera die Grundsteuerzahler für eine Senkung der Gewerbesteuer in Verantwortung nehmen will.

Weiterhin bemerken wir positiv, dass im Haushaltsplan 2025 im Bereich der Jugendhilfe begonnene Errungenschaften fortgeschrieben worden sind. Hier ist als Beispiel zu nennen, die bessere Vergütung in für Mitarbeitende in der Jugendförderung als auch die anstehende Mehr- Investitionen im Bereich der Integration, um in unseren Kindergärten Personal zu entlasten und Integration zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat sich die Linke in der Haushaltsdiskussion erfolgreich für eine unterbrechungsfreie Finanzierung der Neugestaltung des Fritz-Reuter-Platzes in Zwätzen eingesetzt.

Neben dem Dank an die Mitarbeiter des Finanzdezernats und der städtischen Unternehmen ist der Hinweis notwendig, dass durch die Entscheidungen der Landesregierung der letzten Jahre die finanziellen Spielräume unserer Stadt erheblich vergrößert wurden. Und wie bei zahlreichen Schulinvestitionen, Investitionen wie jetzt im Hofwiesenbad oder bei der Rad-Fußwegbrücke braucht es Fördermittel des Landes. Und künftig für die Radrennbahn und das neue Freibad. Überlegenswert wäre die Einstellung eines Fördermittelmanagers, der sich sehr intensiv um die Thematik kümmern könnte.

Für das kommende Jahr erwarten wir eine umfangreichere Diskussion des Haushaltsplans mit dem Stadtrat und insbesondere bei Investitionen auch einen Nachhaltigkeitscheck.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.